

ERNÄHRUNG IN DEN STÄDTEN WELTWEIT

CHANCEN UND RISIKEN FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND ERNÄHRUNGS-SOUVERÄNITÄT IM GLOBALEN SÜDEN

Im Verlauf des 20. Jahrhunderts gab es einige Momente, die für die Veränderung der Ernährung im globalen Süden entscheidend waren. 1943 erklärte der Brasilianer Josué de Castro auf der Gründungskonferenz der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), dass „Krieg und Hunger nicht Naturgesetzen folgen, sondern menschengemacht sind“. Die FAO begann darauf, Produktionsüberschüsse aus zahlungskräftigen Ländern im Norden an weniger zahlungskräftige Länder im Süden zu verteilen. Diese Maßnahmen veränderten die Menge der verfügbaren Lebensmittel und beeinflussten die lokale Produktion.

Auf der Welternährungskonferenz 1974 wurde das Konzept der *Ernährungssicherheit* zum Ziel erklärt. Es basiert auf den vier Säulen Verfügbarkeit, Zugang, Verwendung und biologische Nutzung von Nahrungsmitteln. Die Grüne Revolution war Teil der Strategie für die *Ernährungssicherheit*. Durch Agro-Technologie wurde die Produktivität auf Kosten der genetischen Vielfalt von Anbaupflanzen und der kleinbäuerlichen Landwirtschaft gesteigert.

Diese Maßnahmen konnten den Hunger vor allem in Afrika nicht beseitigen, hatten jedoch im gesamten Globalen Süden schwerwiegende ökologische und soziale Konsequenzen. Daher rief 1996 die Via Campe-

sina, eine internationale Bewegung von Kleinproduzent_innen, auf ihrer zweiten Konferenz 1996 in Mexiko das Konzept der *Ernährungssouveränität* ins Leben. Darunter verstanden die Aktivist_innen einen universellen Zugang zu hochwertigen Lebensmitteln unter Wahrung der traditionellen Ernährungsweisen der jeweiligen Bevölkerung (La Via Campesina 2009). Während die *Ernährungssicherheit* der Kalorienaufnahme und der industrialisierten Landwirtschaft den Vorrang einräumt, verteidigt die *Ernährungssouveränität* die vielfältige Nährstoffaufnahme und die agrarökologische Landwirtschaft kleinbäuerlicher Strukturen.

WELCHE PROBLEME BRINGT DIE URBANISIERUNG MIT SICH?

Urbanisierung begünstigt das Konzept der *Ernährungssicherheit*. Seit dem Übergang vom 20. auf das 21. Jahrhundert hat sich das Verhältnis zwischen Zeit und Raum zum Nachteil einer angemessenen Ernährung und zum Nutzen einer erhöhten Arbeitsproduktivität komprimiert. Dauer und Qualität des Mittagessens von Berufstätigen in der Stadt werden immer kürzer bzw. schlechter, damit mehr Zeit bleibt, um weiterzuarbeiten. Oft bestellen sie das Essen und verzehren es vor dem Computer (Cabannes und Marocchino 2018). Diese komprimierte Zeit-Raum-Beziehung passt zu Supermärkten, in denen das gesamte Produktangebot in kurzer Zeit und auf engstem Raum verfügbar ist.

Die Zunahme der Supermärkte beeinträchtigt den formellen und informellen Handel in den Städten sowohl in Lateinamerika als auch in Afrika. Da Supermärkte zunehmend die Mittel- und Oberschicht bedienen, konsumiert die Mehrheit der einkommensschwachen Bevölkerung immer noch Lebensmittel aus kleinen Einzelhandelsgeschäften

oder informellen Straßengeschäften (Duhau und Giglia 2016, Battersby und Watson 2018). Was Supermärkte, kleine Einzelhandelsgeschäfte und der informelle Handel gemeinsam haben, ist die Tatsache, dass sie Lebensmittel anbieten, die nicht Teil des lokalen Lebensmittelkreislaufs sind (Battersby und Watson 2018) und daher nicht zur Nachhaltigkeit der städtischen Ernährung beitragen. Eine Alternative sind zum Beispiel Bauernmärkte in der Stadt.

Der Einkauf im Supermarkt bei minimalem menschlichen Kontakt verschärft den Mangel an Wissen über Lebensmittel und führt zu der Illusion, dass die Lebensmittel, so wie wir sie in den Regalen sehen, perfekt sind. Das erzeugt einen ästhetischen und hygienischen Anspruch, der zu mehr Abfall führt. Während die industrielle Landwirtschaft Verluste hinnehmen kann, um diese Nachfrage zu decken, müssen kleine Produzent_innen alles verkaufen, was sie produzieren, um zu überleben. So verschwinden einerseits Menschen Lebensmittel, andererseits haben viele Menschen keinen Zugang zu

ausreichenden Nahrungsmitteln, was Hunger und Unterernährung begünstigt, die in städtischen Gebieten aufgrund der ungleichen Verteilung der Ressourcen zunehmen (UN Habitat 2010).

Ein großer Teil der lateinamerikanischen Bevölkerung kann nicht auf genügend gesunde Lebensmittel zugreifen und ist auf Spenden und ultra-verarbeitete Lebensmittel angewiesen. Diese haben einen hohen Kalorien-, Salz-, Zucker- und Fettgehalt und führen zu einer einseitigen Ernährung. Dadurch leiden immer mehr Menschen unter Fettleibigkeit und sind anfällig für Diabetes Typ 2 und Herz-Kreislauf-Erkrankungen, während andere Teile der Bevölkerung noch immer unterernährt sind. Die Länder leiden unter einer doppelten Belastung. Der Iran, Marokko, Oman, Saudi-Arabien, Syrien und Tunesien befinden sich im ersten Drittel von Ländern mit einer Prävalenz von Fettleibigkeit bei erwachsenen Frauen (> 27 %) sowie Mädchen und Jugendlichen mit geringem Gewicht (> 18 %) (Swinburn et al. 2019).



WIE KÖNNEN STÄDTE DEN WANDEL HIN ZU EINEM NACHHALTIGEREN ERNÄHRUNGSSYSTEM ERLEICHTERN?

Städte umfassen unterschiedliche Formen der Lebensmittelversorgung, von Märkten bis hin zu Fastfood-Läden (Cavalheiro Ribeiro da Silva 2019). Auf dem Weg zur Ernährungssouveränität müssen Stadtregierungen das Zusammenspiel dieser verschiedenen Versorgungsformen so steuern, dass sowohl Produzent_innen als auch Konsument_innen geschützt werden. So geschehen im Jahr 2014 in São Paulo, als festgelegt wurde, dass mindestens 30 Prozent der an städtische Schulen gelieferten Lebensmittel von lokalen Produzent_innen stammen sollten.

Der Hauptvorteil der Städte für die Ernährungssouveränität ist zugleich die größte Herausforderung: die meisten Lebensmittelkonsument_innen leben in der Stadt. Der Lebensmittelkreislauf sollte daher eine Priorität bei der Entwicklung der städtischen Infrastruktur und der öffentlichen Einrichtungen haben. Die Stadtregierung sollte sicherstellen, dass angemessene Lebensmittel das Recht aller Bewohner_innen und nicht das Privileg einiger Verbraucher_innen sind.

Dazu muss sie das Angebot von Lebensmitteln kontrollieren und Impulse für ein bewussteres Essen der Bewohner_innen geben. Bewusste Konsument_innen verhalten sich verantwortungsvoller ihrer eigenen Gesundheit, der Gesellschaft und

der Umwelt gegenüber. Sie erkennen die Bedeutung des ländlichen Raums als Nahrungsquelle und Lebensgrundlage an. Eine bessere

pro Kopf zu senken und Abfall zu vermeiden. Stadtregierungen sollten den verantwortungsvollen Konsum als förderliche Option für alle gestal-



Inti Raymi-Fest in Quito, Ecuador (Camila Cavalheiro R. da Silva)

Raumplanung würde das städtische Wachstum einschränken und die landwirtschaftliche Nutzfläche im Umland bestmöglich nutzen. Solche Maßnahmen entsprechen den für das nachhaltige Entwicklungsziel 11 - Nachhaltige Städte und Siedlungen - formulierten Aktivitäten, um die Umweltbelastung der Städte

ten, zum Beispiel durch Subventionen für kleinbäuerliche, ökologische Produzent_innen, so dass deren Produkte billiger werden. So kann die Illusion, Städte seien Zentren des Wohlstands und der ländliche Raum ein zu entwickelndes Gebiet, sich auflösen.

Quellen online abrufbar auf <https://foodjustice.de/publikation/factsheet-1>

FOODJUSTICE C/O BLUE 21
Gneisenastr. 2A 10961 Berlin
Telefon +49 30 694 61 01
Email: stratenwerth@blue21.de
www.foodjustice.de

Autorin: Camila Cavalheiro
Übersetzung: Blanca Mazón
Layout: Michael Tümpfner [piezke@posteo.de]

foodjustice ist ein Bildungsprojekt, das sich mit den Gründen und Folgen des Ernährungswandels weltweit auseinandersetzt.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des  Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mit freundlicher Unterstützung von  Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie und Services
Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit

 be:im Berlin

Gefördert durch Brot für die Welt mit Mitteln des Kirchlichen Entwicklungsdienstes.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Berliner Landesarbeitsgemeinschaft Umwelt und Entwicklung „BLUE 21“ e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben weder den Standpunkt von Engagement Global gGmbH, vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung noch von der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung Berlin wieder.

